

Freie Schulwahl darf kein Privileg für Reiche sein

Freie Schulwahl bringt Gerechtigkeit, TA vom 17. 5. / Freie Schulwahl: Die wichtigsten Fakten, TA vom 13. 5.

Sozial wichtig. Schön, dass mit Chantal Galladé endlich auch eine SP-Politikerin aufzeigt, dass die freie Schulwahl sozial wichtig und die Chancengleichheit fördernd ist. In den nordeuropäischen Ländern wurde die freie Schulwahl gerade deshalb von den sozialistischen Regierungen eingeführt; mit Erfolg, wie die Pisa-Studien zeigen! Es geht nicht an, dass nur Reiche sich eine freie Schulwahl leisten können. Zudem muss der Staat, solange es keine freie Schulwahl gibt, garantieren, dass die Schulen überall nach dem gleichen Muster funktionieren (sonst wäre es ja ungerecht), und das ist innovationshemmend: Volksschulen können deshalb nur in ganz kleinem Rahmen Neues ausprobieren. Es würden sicher viele innovative Kräfte und Ideen freigesetzt, wenn dieses Hemmnis wegfiel!

ANET SPENGLER-NEFF, ARLESHEIM

Staatliche Schulen verbessern. Die vom Zürcher Lehrerverband genannten angeblich negativen Auswirkungen der freien Schulwahl in Schweden stehen im Widerspruch zu einer im Mai 2007 publizierten Studie von Böhlmark und Lindahl. Sowohl in dieser als auch in einer kürzlich für die OECD durchgeführten Studie anhand der Pisa-2003-Daten haben sich die Ergebnisse des starken positiven Einflusses von Wettbewerb durch öffentlich finanzierte nicht staatliche Schulen klar bestätigt. Mehr noch: Gerade Schüler aus benachteiligten Familien würden davon besonders profitieren. Der Grund: Durch diesen Wettbewerb sehen sich auch die staatlichen Schulen veranlasst, ihre Qualität zu verbessern - nicht nur die der Privilegierten.

ERWIN OGG, RAPPERSWIL-JONA

Freie Schulwahl ist ein Grundrecht!

Wenn es um die konkrete Ausgestaltung der freien Schulwahl geht, werden die Diskussionen jedoch emotional geführt. Von links bis rechts gibt es Befürwortende und Gegner. Sobald es um die Erziehung und Bildung unserer Kinder geht, haben

wir unterschiedliche Vorstellungen darüber, was richtig und angemessen ist. Unsere Gesellschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen Individualisierungsprozess durchlaufen. Es ist demnach nur schwer nachvollziehbar, weshalb im Schulwesen hartnäckig am Staatsmonopol festgehalten wird. Vielfältige Familienformen und Kinder mit verschiedensten Bedürfnissen verlangen nach vielfältigen Bildungsangeboten. - Ich bin überzeugt davon, dass Eltern wissen, welches Angebot für ihr Kind passend ist. Daher sollten sie auch frei zwischen den einzelnen öffentlichen und nicht staatlichen Schulen wählen können. Diese Möglichkeit soll nicht ausschliesslich ein Privileg für die Reichen sein. Wenn wir dem Ideal der Chancengleichheit näher kommen wollen, müssen staatliche und nicht staatliche Schulen auf gleiche Art finanziert werden.

DENISE ARBER, SOLOTHURN

Bildungswesen wird teurer. Der Elternlobby geht es mit ihren Volksinitiativen zur so genannten «freien Schulwahl» in verschiedenen Kantonen in erster Linie darum, den Besuch von Privatschulen im Volksschulbereich durch den Staat bezahlen zu lassen. Schon heute können nämlich Eltern frei wählen, ob sie ihr Kind an eine Privatschule schicken wollen, nur müssen sie eben dafür bezahlen.

Wenn in Zukunft der Kanton diese Kosten übernehmen soll, wird entweder das Bildungswesen deutlich teurer und/oder die Mittel werden der öffentlichen Volksschule entzogen. Wenn das Ansinnen der Elternlobby, hinter der übrigens auch Vertreter eben solcher Privatschulen stecken, eine Mehrheit finden sollte, würde einer bekannten Erscheinung aus Ländern mit Privatschulfinanzierung und freier Schulwahl Vorschub geleistet. In Holland, Schweden, den USA etc. bildet sich ein Zweiklassensystem heraus: gute Schulen für die besser gestellten Gesellschaftsschichten, öffentliche Gettoschulen für die anderen. Ziel im Schweizer Bildungssystem muss aber nach wie vor eine öffentliche Volksschule von hoher Qualität für alle sein, und dafür müssen die öffentlichen Steuergelder eingesetzt werden.

URS LOPPACHER, ZÜRICH
Regionalsekretär vpod Lehrberufe